

# Freiberger Anzeiger

und

## Tageblatt.

Amtsblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsämter und der Stadtrathe zu Freiberg u. Brand.

N<sup>o</sup> 250.

Erscheint i. Freiberg jed. Wochent. Ab. 6 U. für den and. Tag. Inser. werden bis B. 11 U. für nächste Nr. angen.

Donnerstag, den 26. October

Preis vierteljährl. 20 Ngr. Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 8 Pf. berechnet.

1871.

+ Freiberg, den 25. October.

Im Wesentlichen wird die jetzige Session des deutschen Parlaments — die Verathung des neuen Münzgesetzes etwa ausgenommen — sich mit der Feststellung der einzelnen Etats zu beschäftigen haben. Aus den Veröffentlichungen derselben ist ersichtlich, daß fast überall ziemlich bedeutende Erhöhungen vorgeschlagen werden. Der Reichstag dürfte daher schwerlich umhin können, dagegen seine Einwendungen zu machen. Die Aufbesserung aller Beamtengehälter ist ein Gebot der Billigkeit; Alles, was sonst die Regierung fordert, läßt sich aus der Ergänzung einer nun doch vergrößerten Wirthschaft rechtfertigen. Aber diese stetige Vermehrung der Ausgaben von Jahr zu Jahr ruft auch von Neuem die Bedenken dagegen wach und muß den Reichstag bewegen, für normale Zeiten die Grenze zu ziehen, welche nicht überschritten werden darf.

In der Natur einer mit solchem Selbstbewußtsein ausgestatteten Regierung, wie die deutsche, liegt es, daß sie auf eine auch finanzielle Aufbesserung ihres gesammten Apparats Bedacht nimmt; doch der wachsenden Bedeutung des Reichstages kommt es auch zu, daß er an Ersparungen in solchen Etats denkt, die ihrer Natur nach unersättlich erscheinen.

Das ist in erster Reihe mit dem Militär-Etat der Fall. Wie sich herausstellt, wird er ziemlich 90 Millionen Thaler betragen. Diese Summe ist nach dem alten System des norddeutschen Bundes darnach berechnet worden, daß von den 40 Millionen Menschen des jetzigen deutschen Reiches 1 Procent als dienstfähig mit einer Unterhaltungssumme von jährlich 225 Thalern ausgeworfen ist. Sieht man näher zu, so ist diese Rechnung in Wirklichkeit nicht richtig. Elsaß und Lothringen werden mit ihrer Bevölkerung von anderthalb Millionen Einwohnern schon zu den 40 Millionen hinzugezogen; aber da sie erst im Herbst nächsten Jahres dienstpflchtig werden sollen, so gehören sie höchstens mit einem Viertel für das letzte Quartal zu diesem Posten. Dann stellt Württemberg verträglich erst von 1874 an die bestimmte Procentzahl an Militär und die in Frankreich gelassenen Truppen fallen mit ihrer ganzen Verpflegung nur jenem Staate zur Last. Der Etat ist demnach um mehrere Millionen zu hoch angesetzt worden und es müssen nothwendig entweder die Unterhaltungskosten für den wirklichen Militärstand des Etats höher sein als 225 Thlr. pro Kopf, oder aber das Geld, welches mehr gefordert wird, soll eine andere als etatsmäßige Verwendung finden.

In beiden Fällen kann der Reichstag nicht still dazu schweigen. Ist der Unterhalt der Truppen bei den allerdings erhöhten Preisen für alle Lebensbedürfnisse nicht mehr mit 225 Thlr. pro Jahr und Kopf zu bestreiten, so muß diese Thatsache vor der neuen Etatsaufstellung bestätigt sein, damit nachher keine unliebsamen Ueber-raschungen erfolgen. Finden die für die wirklichen Truppen nicht verwandten Gelder aber eine andere Verwendung, so kann um so weniger eine solche Proceedur gebilligt werden, die leicht gewohnheitsmäßig werden würde.

Bekanntlich sollte der Reichstag von 1872 ab — also den jetzt vorliegenden Militär-Etat — in der früheren Weise das Con-

tingent der Armee für jedes Jahr feststellen, während für die verfloßnen drei Jahre dem Kriegsminister überhaupt eine nach Procent und Kopfszahl berechnete Pauschalsumme votirt wurde. Die Regierung will aus mancherlei und zu billigenden Gründen auch noch für 1872 diese Pauschalsumme bewilligt haben und erst von 1873 an den Special-Etat der Armee zur Verathung stellen. An dem Reichstag ist es nun, für die künftige Aufstellung des Etats ein System anzubahnen, nach dem in normalen Friedensjahren die Kosten für die Armee nicht fort und fort, wie diesmal, um zehn bis fünfzehn Procent für die einzelnen Staaten wachsen. Da eine Reform der Armee zur Zeit jedenfalls nicht durchzuführen geht, so ist der einfachste und zweckmäßigste Ausweg, die Ersparnisse durch spätere Einstellung der Rekruten und frühere Entlassung der gedienten Mannschaften herbeizuführen und damit zugleich die Verkürzung der dreijährigen Dienstzeit factisch anzubahnen.

### Tagesgeschichte.

**Berlin.** Vor Kurzem ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß das Obertribunal die Berufung der Herzöge von Ratibor und Ujest auf ihre Vorrechte als Standesherrn in einer Klage wegen der rumänischen Obligationen zurückgewiesen und als Forum das hiesige Stadtgericht bestellt habe. Diese Mittheilung war (wie jetzt die Frkf. Ztg. mittheilt) nur theilweise richtig. Es handelte sich für's Erste nur, wie in allen Prozessen, bei denen die Beteiligten in verschiedenen Gerichtsprängeln wohnen, darum, das Forum zur Anbringung der Klage festzustellen und als solches ist vom Obertribunal das hiesige Stadtgericht bezeichnet worden. Die Frage wegen des erimirten Gerichtsstandes der Standesherrn lag noch gar nicht vor, diese wird erst jetzt vor dem als Forum bestellten Gerichtshof zur Verhandlung kommen.

— Der Kaiser hat für die Abgebrannten in Chicago 1000 Thaler beige-steuert.

**Darmstadt, 24. October, 5½ Uhr Nachmittags.** Im Hoftheater ist Feuer ausgebrochen. Das ganze Gebäude steht bei heftigem Ostwinde in Flammen. — Das Feuer macht große Fortschritte. Das Theater ist verloren, der Funkenregen verbreitet sich westwärts über die Stadt, das Zeughaus ist in Gefahr. 6¼ Uhr Nachmittags. Die Garnison räumte das Zeughaus binnen einer Stunde aus, die Gefahr für dasselbe scheint beseitigt. Das Theater ist nahezu ausgebrannt.

**München.** Wie die bayerischen Blätter mittheilen, dürfte nun von Seite Bayerns in kürzester Zeit dem Bundesrathe der Gesetzentwurf wegen Einführung des deutschen Kriegsdienstes in Bayern vorgelegt werden und demzufolge dem Reichstag wohl noch während seiner gegenwärtigen Session zugehen.

**Wien, 22. October.** Die „N. fr. Pr.“ schreibt: Die öster-reichische Krise ist nicht nur nicht beendet, sondern hat sich allem Anscheine nach neuerdings verschärft. Nach unseren Informationen hatte Graf Hohenwart in dem großen Ministerrathe am Freitag die von den Reichsministern und dem ungarischen Ministerpräsidenten gegen seinen Rescript-Entwurf erhobenen Bedenken formell angenommen und es übernommen, den Entwurf darnach umzugestalten. Nun scheint aber der neue, vom Grafen Hohenwart redigirte Entwurf den Deust-Andrassy'schen Bedenken doch noch so wenig Rechnung zu tragen, daß das Reichsministerium mit dem ungarischen Ministerpräsidenten denselben für unannehmbar halten. Daraus hat sich eine neue Krise entwickelt, da ebensovienig Deust, Andrassy,